

Rede des Landrats zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans 2019 im Kreistag des Bodenseekreises am 20. November 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
meine Damen und Herren,

wir legen Ihnen heute einen Entwurf eines Haushaltsplans für das kommende Jahr 2019 vor, der in Ausgaben und Einnahmen nicht nur ausgeglichen ist sondern zur Finanzierung der Investitionen einen Überschuss i. H. v. rund 12,3 Mio. erwirtschaftet. Wir kommen damit dem Wunsch des Kreistags aus dem vergangenen Jahr nach. Damit können wir die Investitionen in Höhe von 11,9 Mio. finanzieren. Der Kreisumlagehebesatz bleibt gleich, und erstmals seit Jahren erreichen wir eine fast 100%ige Deckung des Defizits im Sozialhaushalt durch die Kreisumlage. So gesehen könnten wir es uns und ich mir leichtmachen und sagen, dass also alles in Butter ist.

Aber so einfach ist es dann doch nicht. Der Haushaltsplanentwurf birgt einige Besonderheiten, auf die ich eingehen möchte.

1. Wir haben gerade über die Jahreszahlen von 2016 und 2017 gesprochen. Beide Jahresabschlüsse haben deutliche Überschüsse erbracht. Das ist einerseits - wie in den vergangenen Jahren auch - auf die gute Konjunktur zurück zu führen und darauf, dass wir sparsam gewirtschaftet haben. Die Zeiten des so genannten Jahresendfiebers sind längst vorbei. Man gibt nicht mehr - koste es, was es wolle - noch schnell zum Ende eines Haushaltsjahres aus, was im Haushaltsplan steht, weil wir wissen, dass auch im Folgejahr der Kreistag die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Dafür bin ich dankbar. Wir waren aber auch bei der Besetzung von Personalstellen mit Augenmaß unterwegs. Unabhängig davon, ob eine Stelle im Stellenplan eingestellt ist, haben wir in jedem Einzelfall geprüft, ob eine Neu- oder Wiederbesetzung erforderlich ist. Die guten Zahlen haben aber auch ein Stück weit mit der Umstellung auf die Doppik zu tun. In nahezu allen Landkreisen, Städten und Gemeinden, die die Umstellung bereits vollzogen haben, ist zu beobachten, dass die Ergebnisse über den Erwartungen liegen. Man hat einfach - und das ist auch vernünftig - vorsichtig kalkuliert. Genau dem tragen wir jetzt im Entwurf für 2019 Rechnung. Wir haben schlicht und einfach die Haushaltsansätze von 2018 auf das kommende Jahr übertragen und bauen so „Luft ab“. Das ist trotzdem ziemlich gewagt. So wissen wir beispielsweise, dass die Preise beim Bau gestiegen sind. Trotzdem haben wir die Zahlen von 2018 stehen lassen. Wir wissen, dass die Zahl der Menschen mit Behinderungen jährlich ansteigt. Das wird auch 2019 so sein. Trotzdem gehen wir von den gleichen Ausgaben wie 2018 aus. Keine Angst: selbstverständlich werden wir allen betroffenen Menschen die gleiche Hilfe wie seither zukommen lassen. Wir gehen davon aus, dass wir das mit den gleichen Zahlen wie im zu Ende gehenden Jahr schaffen werden.

Das funktioniert aber nur, weil die Konjunktur noch gut läuft – die Betonung liegt auf noch, jüngste Anzeichen scheinen eine Änderung anzudeuten. Durch die gestiegene Steuerkraftsumme der Gemeinden steigt die Kreisumlage bei gleichem Hebesatz um 8,6 Mio. Euro, aufgrund gegenläufiger Effekte etwa beim Soziallastenausgleich haben wir das aber unter dem Strich nicht in voller Höhe in der Kasse.

Erste Besonderheit also: wir nehmen die gleichen Ansätze wie 2018!

2. Ich schlage Ihnen etwas vor, wogegen ich mich die letzten elf Jahre erfolgreich gewehrt habe. Im Entwurf des Haushaltsplans ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,5 Mio. Euro vorgesehen. Das darf aber nicht das Zeichen sein, dass die Zeit des Schuldenabbaus vorbei wäre. Als ich vor elfeinhalb Jahren hier Landrat wurde, hatte der Bodenseekreis annähernd 60 Mio. Euro Schulden. Wir haben diese auf nunmehr 21,5 Mio. reduziert. Damit werden wir vor allem unserer Verantwortung für künftige Generation gerecht. Warum nun also trotzdem neue Schulden? Wir tilgen im kommenden Jahr planmäßig rund 3,1 Mio. Euro an Darlehn. Wenn der Kreistag also unserem Vorschlag zustimmen sollte, erhöhen sich tatsächlich die Schulden nur unwesentlich, nämlich um 400.000 Euro. Entscheidend ist aber etwas Anderes: wir machen mit diesem vorgeschlagenen Kredit ein gutes Geschäft. Der Bund fördert nämlich in großzügiger Weise Investitionen in die energetische Sanierung von Gebäuden. Eine unserer großen Investitionen ist die Sanierung des Bildungszentrums in Markdorf. Und dafür bekommen wir den vorgeschlagenen Kredit zu einem Zinssatz von 0,05%. Wir zahlen also in zehn Jahren bis zur kompletten Rückzahlung dieses Betrages rund 17.000 Euro an Zins. Und weil wir einen besonders hohen Energiestandard verwirklichen und dafür natürlich auch entsprechend Geld in die Hand nehmen, bekommen wir noch einen Tilgungszuschuss in Höhe von 600.000 Euro für das Darlehn.

Summa summarum also ein Plus von rund 580.000 Euro. Da hält sich dann doch mein Schmerz über den neuen Kredit doch sehr in Grenzen.

3. In den letzten drei Jahren haben wir eine nicht unerhebliche Zahl von Stellen neu geschaffen und die Verwaltung dadurch deutlich gestärkt. Dafür sind wir dankbar, es war aber auch notwendig. Ich habe Ihnen im letzten Jahr angekündigt, dass wir im Haushalt 2019 erst mal eine Verschnaufpause einlegen. Das machen wir im Grundsatz auch. Es gibt aber bei jedem Grundsatz auch Ausnahmen. Die wichtigste ist das Jugendamt. Die fürchterlichen Fälle von Kindesmissbrauch in Staufen, Lenzkirch und andernorts erfordern es, dass wir im Bodenseekreis unseren Allgemeinen Sozialen Dienst verstärken. Um auch hier keine Sorge aufkommen zu lassen: wir sind gut aufgestellt; in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses haben wir mit allen Mitgliedern in einem workshop die Abläufe im Jugendamt eindrücklich überprüft unter Beweis gestellt. Aber die Anforderungen wachsen und dem müssen wir Rechnung tragen.

Dann bin ich sehr froh, dass die jahrelangen Mühen der kommunalen Spitzenverbände endlich Erfolg hatten und wir die Pflegestützpunkte stärken können. Diese Einrichtung, vor einigen Jahren noch umstritten, hat sich als ausgesprochen segensreich erwiesen. Wer unverhofft vor der Aufgabe steht, einen Verwandten in eine Pflegeeinrichtung zu geben, weiß häufig nicht ein noch aus. Der Pflegestützpunkt hilft hier mit einer neutralen Beratung. Und die Menschen in unserem Landkreis nehmen das Angebot rege an. Künftig wollen wir durch eine personelle Stärkung des Pflegestützpunktes auch besser in der Fläche präsent sein.

Durch die vom Land Baden-Württemberg zugesagte 2/3-Förderung der Personalkosten sollte uns das einigermaßen leichtfallen.

Ein weiterer Bereich ist die Umweltverwaltung. Aufgrund einer landesweiten Untersuchung stärkt das Land diesen Bereich und erhöht die Zahlungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG).

Allerdings erwartet das Land dann natürlich auch, dass wir mit diesen Mitteln auch die entsprechenden Stellen schaffen. Das hätten wir übrigens nach unserer eigenen Organisationsuntersuchung, deren Ergebnisse dem Kreistag vorgestellt worden sind, ohnehin tun müssen. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich ausdrücklich beim Land dafür, dass 14 Jahre nach der großen Verwaltungsreform von 2005 - endlich - die Zuweisungen für die Unteren Verwaltungsbehörden erheblich erhöht worden sind. Das war längst überfällig und bringt uns immerhin zusätzlich 2,9 Mio. Euro... in die Kasse.

Der vom Kreistag beschlossene Kostendeckel für die Personalkosten muss deshalb leicht angehoben werden. Sie erinnern sich: wir haben 2015 beschlossen, für das Personal des Landratsamtes 50 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen zuzüglich der Personalkosten, die durch die Flüchtlingswelle entstanden sind. Das Ganze sollte indexiert werden durch Tarifsteigerung, Altersvorrückungen etc. Hochgerechnet für 2019 kämen wir dann auf 58,2 Mio., tatsächlich stehen im Entwurf des Haushaltsplans 58,6 Mio. Euro. Und damit bin ich bei einem Thema, das zunehmend auch in diesem Gremium anders gesehen wird als seither. Ich war und bin der Ansicht, dass neben den Gesamtkosten für das Personal auch betrachtet werden muss, wieviel kreiseigene Mittel tatsächlich für das Personal aufgewendet werden müssen.

Rund 43,6 % der Personalkosten bekommen wir nämlich von dritter Seite, so etwa vom Bund fürs Jobcenter, vom Land durch FAG-Mittel, oder auch

durch die Nutzer bei den Archivleistungen für die Gemeinden oder der Kindergartenfachberatung.

Ein weiteres Beispiel ist unser Telefonservice für die Städte und Gemeinden im Landkreis. Wir haben schon seit längerem die Telefonzentrale für Friedrichshafen, Überlingen und Meckenbeuren übernommen. Weitere Gemeinden möchten diesen Service ebenfalls gerne in Anspruch nehmen, das würden wir auch gerne anbieten. Dafür brauchen wir Personal, das von den Gemeinden auch bezahlt wird. Aber das belastet natürlich die Personalkosten, wenn man sie nur brutto betrachtet. Lassen Sie uns also auch einen Blick auf die Nettoseite der Personalkosten werfen. Dann können wir auch ohne Bedenken diesen gegenfinanzierten Stellen zustimmen. Eine detaillierte Auflistung der gegenfinanzierten Personalkosten finden Sie übrigens im Haushaltsplan auf Seite 48.

Dass wir trotzdem ausgesprochen zurückhaltend sind in Sachen Personal zeigt sich beim Bundesteilhabegesetz. Fast alle Landkreise haben für die Umsetzung dieses zusätzlichen Personal eingeplant. Ich habe die Kollegen vom Sozialamt gebeten, hier erst einmal mit vorhandenem Personal Erfahrungen zu sammeln und dann den zusätzlichen Personalbedarf zu berechnen. Im nächsten Jahr werden wir aber nicht umhinkommen, dem neuen Gesetz auch durch entsprechendes Personal Rechnung zu tragen. Dasselbe gilt für das Thema Datenschutz, das derzeit einen enormen Arbeitsaufwand im Landratsamt verursacht. Wir kommen aber gut voran und versuchen, das Thema pragmatisch und für die Bürgerinnen und Bürger verständlich abzuarbeiten. Schauen Sie sich mal auf unserer Homepage unter dem Stichwort Datenschutz im Gesundheitsamt an, wie das abgearbeitet wurde.

Soweit also zu den wesentlichen Besonderheiten des Haushaltsplans. Lassen Sie mich nun zu den Investitionen im kommenden Jahr kommen. Auch dazu eine Vorbemerkung: Sie finden auf S. 49 des Haushaltsplans einen interkommunalen Vergleich mit anderen Landkreisen in Baden-Württemberg. Im Jahr 2019 erreichen wir einen Wert von 120 Euro pro Einwohner damit waren und sind wir bei den Investitionen netto – also unter Abzug aller Zuwendungen und Zuschüsse – absolut in der Spitzengruppe und stemmen aus eigener Kraft deutlich mehr als die meisten anderen Landkreise.

Das Investitionsprogramm ist zunächst einmal geprägt von Ausgaben, die wir längst beschlossen haben. Hierzu gehören insbesondere die Darlehen an den Flughafen mit rund 2,3 Mio. Euro und die RITZ GmbH mit etwas über 4 Mio. Euro. Da geht's jetzt bald los. Der Aufsichtsrat der RITZ hat in seiner letzten Sitzung die Vergabe des Generalübernehmervertrages mit rund 12 Mio. Euro beschlossen.

Aber auch die zukunftsweisende Investition in den Breitbandausbau gehört mit insgesamt rund 500.000 Euro zu den größeren Ausgabeposten. Hierzu gleich noch mehr. Die im letzten Jahr gestrichenen Investitionen für neue Geschwindigkeitsmessanlagen haben wir erneut in den Haushalt aufgenommen. Hierzu möchte ich noch einmal betonen, dass sämtliche geplanten Anlagen samt und sonders auf Anträge aus den Gemeinden zurückgehen. Es geht dabei insbesondere darum, die neuen 30 km/h-Bereiche zu überwachen. Auch wenn die dadurch generierten Einnahmen nicht im Vordergrund stehen, so machen diese Ausgaben auch deswegen Sinn, weil sie sich erfahrungsgemäß in relativ kurzer Zeit rechnen.

Viel schöner sind aber die Ausgaben für unsere Kinder: Die Sanierung des Bildungszentrums in Markdorf einschließlich der Sporthalle nimmt Fahrt auf. 6,2 Mio. Euro sind für kommendes Jahr dafür vorgesehen. Das ist die größte Investition überhaupt im kommenden Jahr, wobei wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass in den Folgejahren weitere erhebliche Ausgaben anstehen. Ich bin dankbar, dass wir sowohl bei der schulischen Konzeption der Verbundschule, wie auch bei der Schulträgerschaft und der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Markdorf in den letzten Jahren die entscheidenden Hürden genommen haben, damit wir das aus Anfang der 1970er Jahre stammende und damit naturgemäß in die Jahre gekommene Schulareal in Markdorf zeitgerecht neugestalten können.

Aber auch die anderen Schulen finden sich mit deutlich über 600.000 Euro im Investitionsprogramm wieder. Damit wird erneut deutlich, dass der Bodenseekreis seiner Verantwortung als Schulträger gerecht wird.

Bei den Baumaßnahmen in landkreiseigenen Gebäuden steht auch das Landratsamt wieder mit über 500.000 Euro auf der Tagesordnung. Wie Sie alle wissen, müssen wir hier im Haus zusammenrücken. Auf derselben Fläche, auf der vor zehn Jahren etwa 600 Mitarbeiter beschäftigt waren, müssen wir heute über 800 Kolleginnen und Kollegen unterbringen. Das geht nur, wenn wir größere Arbeitswelten statt Einzelbüros gestalten. Ich bin froh, dass nach sehr kontroversen Diskussionen mittlerweile der große Teil der Belegschaft die Umbauten und Umzüge mitträgt. Eine Umfrage unseres Personalrats unter den Ämtern, die den Umzug bereits hinter sich haben, hat sogar eine relative hohe Zufriedenheit zutage gebracht. Dafür

bin ich dankbar. Es soll immer noch Leute geben, die uns nicht so recht abnehmen, dass es eng geworden ist.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, einen Beweis dafür brauchen, lade ich sie gerne in die angrenzenden Büros meines Teams ein. Wo früher die Teeküche neben dem Sekretariat war, ist jetzt ein vollwertiger Arbeitsplatz entstanden; auf dem sitzt Frau Burkhardt mit der Geschäftsstelle des Kreistags. Aber schauen Sie sich ruhig auch mal die neu gestalteten Räume z.B. des Straßenbauamtes oder des Bau- und Liegenschaftsamtes an. Wir haben mit vertretbarem Aufwand dafür gesorgt, dass wir für die nächsten vier oder fünf Jahre über die Runden kommen. Allerdings führt am geplanten Neubau für das Landratsamt kein Weg vorbei. Ich hoffe immer noch, dass wir jetzt endlich eine Aussage der Stadt Friedrichshafen bekommen, wie gebaut werden darf.

Natürlich nehmen auch Straßen und Radwege wieder einen breiten Raum im Investitionsprogramm des Landkreises im kommenden Jahr ein. Die Südumfahrung Kehlen kommt voran, wir sind im Kosten- und Zeitplan. Die neue Brücke über die Schussen ist so gut wie fertig, 4,3 Mio. Euro sind für diese Maßnahme in 2019 vorgesehen. Weitere Straßen- und Radwegebaumaßnahmen schlagen mit insgesamt ca. zweieinhalb Mio. Euro zu Buche.

Nicht unerwähnt lassen will ich auch, dass wir beabsichtigen, mit rund 600.000 Euro die Infrastruktur im Bereich der Abfallwirtschaft zu verbessern. Dass wir 25 Jahre lang die Gebühren für unsere Bürger stabil halten konnten und jetzt eine sehr moderate Erhöhung beschlossen haben, darf ruhig auch in diesem Zusammenhang nochmals erwähnt werden.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zum Dauerthema Gästekarte und Deutsche Bodensee Tourismus GmbH sagen. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass sich die Diskussionskultur nicht nur durch fake news eines Präsidenten Trump geändert hat, dann wurde er durch dieses Thema erbracht. Die Art und Weise wie die Gegner der Karte, leider unterstützt durch einen Teil der Presse, hier vorgegangen sind, hat auch mich nach annähernd 40 Jahren aktiver Kommunalpolitik gelegentlich fassungslos gemacht. Fakten haben hier offensichtlich schon lange nicht mehr interessiert. Dass auch vor diesen persönlichen Angriffen insbesondere gegen den Geschäftsführer der DBT nicht Halt gemacht wurde, muss erschüttern. Dabei hat die DBT nur das ausgeführt, was die touristischen Fachleute in den Gemeinden seit langem gefordert und wir beschlossen haben. Da tut es dann schon gut, wenn eine Gastgeberin aus Langenargen an das so genannte Bürgerforum schreibt (ich zitiere Auszugsweise aus einer Mail vom 14. Oktober): „Konstruktive Kritik gehört zu einer guten Zusammenarbeit. Aber immer auf etwas herum zu hacken, gehört in meinen Augen nicht dazu. Wir haben von unseren Gästen, und es sind definitiv nicht weniger als in den vergangenen Jahren – durchweg positives Feedback auf die EBC und die inkludierten Leistungen.“ Und direkt an das Bürgerforum Langenargen schreibt die Inhaberin eines renommierten Hotels: „Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht welchen Imageschaden Sie, mit Ihrer Art und Weise mit der EBC, der Gemeinde und der Touristinfo sowie der DBT umzugehen, verursachen. Ein Schaden für die ganze Gemeinde und Region. Ich möchte keinesfalls bestreiten, dass bei der EBC, Entwicklung usw. Fehler gemacht wurden – aber das passiert auch anderswo (Stichwort Automobilindustrie...) Ein neues Produkt, das auf den Markt kommt, muss wachsen dürfen, aber dazu muss man diesem Produkt auch eine Chance geben.“

Sie haben der EBC diese Chance von Anfang an nicht gegeben... Können Sie sich vorstellen, nicht nur finanziell, sondern auch besonders im Bereich Image, welchen Schaden der Fall bzw. wie Sie es nennen der „Shut down“ der EBC nach sich zieht? Wie soll denn Ihrer Meinung nach das Argument gegenüber den tausenden zufriedenen und sogar begeisterten Gästen aussehen, wenn es die EBC nicht mehr gibt? Sollen wir dann sagen: „Sorry wir sind zu doof?“ oder Lieber „Sorry, da hat ein Zusammenschluss von einigen Privatvermietern so lange geklagt, bis wir Ihnen die Leistungen nicht mehr anbieten können?“ Diese Formulierungen mögen polemisch sein – man möge mir das nachsehen, aber genau das ist es, was man sich meiner Meinung nach mal fragen sollte!“ Soweit das Zitat aus Langenargen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Natürlich sage ich auch in diesem Jahr etwas zur OEW. Im vierten Jahr in Folge erhalten wir keine Ausschüttungen. Als Landrat schmerzt mich das, als Vorsitzender der OEW halte ich das aber für richtig. In den letzten beiden Jahren mussten die OEW tief in ihre Rücklagen greifen, um Zins und Tilgung für unsere Finanzverbindlichkeiten leisten zu können. Der Grund dafür ist klar: die abrupte Wende in der Energiepolitik nach dem Unfall von Fukushima hat die EnBW Milliardenbeträge gekostet. Ich stelle die Energiewende überhaupt nicht in Frage, ganz im Gegenteil. Sowohl politisch wie auch als Aufsichtsrat der EnBW stehe ich voll und ganz hinter dem Richtungswechsel. Aber es ist einfach Fakt, dass dies betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich schon ziemlich Harakiri war. Und das spüren wir als einer der Hauptanteilseigner der EnBW eben auch in unserem Haushalt. Aber: gerade weil die EnBW sich mit ihren Eignern so konsequent wie kein anderer der großen deutschen Energieversorger ihre Haltung an der und auf die Energiewende ausgerichtet hat, können wir künftig wieder positive Ergebnisse erwarten.

Die EnBW hat in 2017 die Ergebniswende geschafft, zum ersten Mal seit 2011 stieg der Gewinn wieder und die OEW und das Land haben eine ordentliche Dividende erhalten. Damit konnten die OEW in diesem Jahr nicht nur Zins und Tilgung leisten, sondern auch die Rücklage wieder leicht auffüllen. Wenn das im kommenden Jahr auch wieder der Fall sein sollte, dann wird es ab 2020 und damit ein Jahr früher als bisher angekündigt, wieder eine Ausschüttung an die Landkreise geben.

Apropos OEW: es waren im Jahr 1909 die drei württembergischen Oberämter Ravensburg, Wangen und Tettnang, die sich damals das Ziel gesetzt haben, die Stromversorgung im ländlichen Oberschwaben flächendeckend auszubauen. Wir stehen heute vor einem ganz ähnlichen Problem. Was damals für den Strom galt, gilt heute für die Breitbandversorgung. Diese ist heute ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb muss diese Infrastruktur auch flächendeckend angeboten werden - genauso wie das Grundgesetz es vorsieht, wenn Art. 72 GG gleichwertige Lebensverhältnisse fordert. Leider hat der Bundesgesetzgeber dieses Feld völlig der freien Wirtschaft überlassen. Eine flächendeckende Versorgung rechnet sich für ein Wirtschaftsunternehmen aber schlicht und einfach nicht. Dass die Wirtschaft sich in der aktuellen Debatte um die Ausschreibung der 5G-Lizenzen gerade gegen die Vorgabe der Flächendeckung wehrt, unterstreicht das eindrücklich. Deshalb brauchen wir den Zweckverband Breitband im Bodenseekreis dringend. Unsere Nachbarkreise Ravensburg und Sigmaringen sind uns weit voraus, vom Schwarzwald-Baar-Kreis, dem Rhein-Neckar-Kreis oder anderen ganz zu schweigen. Der Erfolg in diesen Landkreisen ist auch darin begründet, dass dort alle Städte und Gemeinden mit im Boot sind. Bei uns ist dies leider nicht der Fall. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass es gelingt, die Zauderer noch zu überzeugen.

Jedenfalls ist die Behauptung mancher, man sei gut aufgestellt, schlicht falsch. Es gibt Gemeinden, die haben ein bisschen mehr als andere, aber von einer flächendeckenden Versorgung sind wir weit entfernt. Wenn wir die Zukunft unseres Hochtechnologiestandortes sichern wollen, dann müssen wir eher gestern als heute endlich handeln.

Eigentlich ist das ja keine Pflichtaufgabe des Landkreises. Aber es ist einfach so, wenn wir das nicht in die Hand nehmen, dann macht es niemand. Und das gilt auch in anderen Bereichen. Ich bin sehr dankbar, dass der Kreistag in der letzten Sitzung zugestimmt hat, dass wir uns an der Planung der Bodenseegürtelbahn beteiligen. Ich bin ebenso dankbar, dass wir uns eindeutig zu unserem Flughafen bekannt haben und mittlerweile sich auch das Land durchgerungen hat, seiner Gesellschafterrolle gerecht zu werden. Hier geht ein herzliches Dankeschön dafür an die Landespolitiker, die das beim lange unwilligen Koalitionspartner durchgesetzt haben. Das gilt aber auch beim Thema Straßenbau. Das Land plant die B 30 Ortsumfahrung Meckenbeuren und die B 31 zwischen Meersburg und Immenstaad. Die Netzkonzeption 7.5 sieht weitere Straßenbaumaßnahmen vor. Dafür hat das Regierungspräsidium in Tübingen keine Kapazitäten. Die Planung der zweiten Tunnelröhre des Riedleparktunnels wurde an die Stadt Friedrichshafen abgegeben. Deshalb hat die Stadt signalisiert, dass dann keine Kapazitäten vorhanden sind, die ebenso notwendige dritte Spur der B 31 zwischen FN-Ost und Eriskirch planen zu können. Vom dringend notwendigen Landesstraßenbau will ich gar nicht reden. Die Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem im Zug der L 205 sind ebenso weit weg wie die Verbesserung der L 204 im Deggenhausertal.

Am 6. November hat die Landesregierung die neuen „Verwaltungsvorschrift Finanzierungsbeteiligung Straßen“ verabschiedet. Diese ermöglicht es der kommunalen Ebene, selber zu planen, wenn der Staat das nicht tut. Und in vielen Gesprächen mit Innenministerium und Verkehrsministerium ist es dem Landkreistag und insbesondere der Landrätin von Sigmaringen und den Landräten von Ravensburg und dem Bodenseekreis gelungen, die ursprünglich auf die Planung von Bundesstraßen beschränkte Verwaltungsvorschrift auch auf Landesstraßen auszudehnen. Und deshalb werden und müssen wir uns im kommenden Jahr mit dieser Frage beschäftigen. Im Haushalt ist dazu noch nichts vorgesehen. Wenn wir uns durchringen sollten, bei der diskutierten Planungsgesellschaft mitzumachen, werden wir sehen, wie wir das finanzieren.

Die Aufgaben gehen uns nicht aus. Mit dem Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2019 legen wir eine gute Grundlage, diese Aufgaben zu erledigen. Ich bedanke mich bei der Kämmerei für die Erstellung des Zahlenwerks, insbesondere bei Herrn Männle und Herrn Hermanns. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen dafür, dass sie mehr oder weniger klaglos akzeptiert haben, dass wir die Haushaltsansätze gegenüber 2018 nicht erhöhen, und dass sie trotz vorhandener Bedenken meine Vorgabe mittragen, an der Stellschraube Personal nicht mehr als unbedingt notwendig zu drehen. Danke auch für die vielen neuen Erläuterungen, die wir in den Haushaltsplan eingearbeitet haben. Diese werden es Ihnen, meine Damen und Herren Kreisräte, hoffentlich leichter machen, das doppische Zahlenwerk zu verstehen.

Und nun bei Ihnen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und darf Herrn Hermanns bitten, noch einige Rahmendaten des Entwurfs vorzustellen.